

MVG-EKD

Jousen / Mestwerdt / Nause / Spelge

2. Auflage 2023
ISBN 978-3-406-79219-9
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Jousen/Mestwerdt/Nause/Spelge
MVG-EKD

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

MVG-EKD

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Wahlordnung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Jacob Jousen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenrichtshof der EKD, Hannover,
Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Bückeburg

Dr. Helmut Nause

Präsident des Kirchengenrichtshofs der EKD, Hannover
Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg a.D.,
Ehrenpräsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e.V.

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

2. Auflage 2023



Zitiervorschlag:
JMNS/Bearbeiter MVG-EKD § ... Rn. ...
oder
Joussen/Mestwerdt/Nause/Spelge/Bearbeiter MVG-EKD § ... Rn. ...

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 79219 9

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann, Bureau Parapluie


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Daniel Dreher

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenicht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

Carla Evers-Vosgerau

Direktorin des Arbeitsgerichts Flensburg,
Vorsitzende Richterin am Gemeinsamen Kirchengenicht
für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke
Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Dr. Esther Graf

Stellvertretende Direktorin am Arbeitsgericht Kassel,
Vorsitzende Richterin am Kirchengenicht für Mitarbeitervertretungssachen
der Diakonie Hessen, Kassel

Dr. Jan Oliver Hochtritt

Richter am Arbeitsgericht Stade

Dr. Esko Horn

Präsident des Arbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengenicht
für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke
Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Prof. Dr. Jacob Joussen

o. Professor an der Ruhr-Universität Bochum,
Direktor des Instituts für Kirchliches Arbeitsrecht an der Ruhr-Universität Bochum

Wilhelm Mestwerdt

Präsident des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenichtshof der EKD, Hannover,
Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs, Bückeburg

Dr. Helmut Nause

Präsident des Kirchengenichtshofs der EKD, Hannover
Präsident des Landesarbeitsgerichts Hamburg a.D.,
Ehrenpräsident des Deutschen Arbeitsgerichtsverbands e.V.

Elke Neuendorf

Rechtsanwältin, Geschäftsführerin dia eV, Hannover,
Richterin am Kirchengenichtshof der EKD, Hannover

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars

Karin Spelge

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht, Erfurt

Timm Ole Trapp

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Kirchengenicht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover,
Vorsitzender Richter am Gemeinsamen Kirchengenicht
der Bremischen Evangelischen Kirche

Birgit Voßkühler

Präsidentin des Hamburgischen Verfassungsgerichts,
Präsidentin des Landesarbeitsgerichts Hamburg,
Vorsitzende Richterin am Gemeinsamen Kirchengenicht
für mitarbeitervertretungsrechtliche Streitigkeiten der Diakonischen Werke
Schleswig-Holstein und Hamburg a.D.

Dr. Donat Wege

Richter am Arbeitsgericht Oldenburg

Ralf Zimmermann

Richter am Bundesarbeitsgericht, Erfurt,
Vorsitzender Richter am Kirchengenicht für mitarbeitervertretungsrechtliche
Streitigkeiten der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Hannover

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Vor drei Jahren haben wir erstmals diesen Kommentar zum Mitarbeitervertretungsgesetz vorgelegt. Dieses enthält das kircheneigene Betriebsverfassungsrecht, das sich die evangelischen Kirchen auf der Grundlage des verfassungsrechtlich gewährten Selbstbestimmungsrechts aus Art. 140 GG, 137 WRV gegeben haben. Die staatliche Rechtsordnung hat die Kirchen und ihre diakonischen Einrichtungen aus dem Geltungsbereich des BetrVG herausgenommen. Das war verfassungsrechtlich nicht unumstritten, ist aber heute weitgehend als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechts anerkannt. Die auf der Kirchenautonomie beruhende eigene Regelung im Mitarbeitervertretungsgesetz hat insofern ihre Berechtigung und ist ein Rechtsgebiet, das täglich für alle Beschäftigten in evangelischen Einrichtungen zur Anwendung kommt.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat die derzeit geltende Fassung des Gesetzes zum 1. Januar 2019 mit Zustimmung der Kirchenkonferenz aufgrund des Artikels 10 und des Artikels 10a der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossen. Nachfolgend ist es zum Gesetzesrecht auch der Landeskirchen sowie der Einrichtungen des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung und der gliedkirchlichen diakonischen Werke geworden. Andere kirchliche und freikirchliche Einrichtungen wenden dieses Gesetz ebenfalls an. Damit ist es *das* evangelische Betriebsverfassungsrecht. Seit der Neufassung 2019 hat es zwei Änderungsgesetze gegeben, am 11. September 2020 (Abl. EKD 2020, S. 199) und am 9. November 2022 (Abl. EKD 2022, S. 158).

Das Mitarbeitervertretungsrecht unterscheidet sich zum Teil deutlich von seinen säkularen Parallelnormierungen, sodass man für Fragen und Probleme nicht unbesehen auf die Kommentierungen zum BetrVG oder zu den Personalvertretungsgesetzen zurückgreifen kann. Und es muss sich Tag für Tag in den Einrichtungen vor Ort bewähren. Entstehende Fragen und Streitpunkte bedürfen zugleich immer wieder einer eigenen Klärung, die auch die kirchlichen Besonderheiten in den Blick nehmen.

Daher haben sich die vier Herausgeber dieses Werks aus den unterschiedlichen Bereichen der Wissenschaft sowie der staatlichen und kirchlichen Gerichtsbarkeit entschieden, diesen Kommentar zu veröffentlichen und damit allen Interessierten aus Praxis und Wissenschaft eine Handreichung zur Bewältigung konkreter Probleme zur Verfügung zu stellen. Durch das ausgewählte Team sind die Sichtweisen der Wissenschaft, der kirchlichen wie der weltlichen Arbeitsgerichtsbarkeit aus allen Instanzen sowie der anwaltlichen Praxis in diesen Kommentar eingeflossen – zum bestmöglichen Nutzen aller Ratsuchenden.

Für diese Neuauflage sind alle Kommentierungen gegenüber der Erstaufgabe weiterentwickelt worden. Die seitdem ergangene Rechtsprechung wurde umfangreich berücksichtigt, zahlreiche Anregungen aus dem Kreis der Lese-

Vorwort

rinnen und Leser konnten die Kommentatoren und Kommentatorinnen aufgreifen und das Werk so an die aktuelle Gesetzeslage und die Bedürfnisse der Praxis anpassen.

Für Rückmeldungen, Kritik und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leserinnen und Leser sind wir unverändert sehr dankbar. Bitte mailen Sie diese direkt an jacob.joussen@rub.de.

Bochum, Hannover, Hamburg, Erfurt
im April 2023

*Prof. Dr. Jacob Joussen
Wilhelm Mestwerdt
Dr. Helmut Nause
Karin Spelge*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars	V
Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LIII

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG-EKD)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 1.1.2019 (ABl. EKD S. 2)
Zuletzt geändert durch KG vom 9.11.2022 (ABl. EKD S. 157)

Präambel (<i>Joussen</i>)	1
-----------------------------------	---

I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Grundsatz (<i>Dreher</i>)	9
§ 2 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Dreher</i>)	16
§ 3 Dienststellen (<i>Dreher</i>)	25
§ 4 Dienststellenleitungen (<i>Dreher</i>)	33

II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung

§ 5 Mitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	37
§ 6 Gesamtmitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	46
§ 6a Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund (<i>Graf</i>) ...	51
§ 7 Neubildung von Mitarbeitervertretungen (<i>Graf</i>)	55
§ 8 Zusammensetzung (<i>Graf</i>)	68

III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitervertretung

§ 9 Wahlberechtigung (<i>Mestwerdt</i>)	73
§ 10 Wählbarkeit (<i>Mestwerdt</i>)	79
§ 11 Wahlverfahren (<i>Hochtritt</i>)	87
§ 12 Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)	91
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten (<i>Hochtritt</i>)	92
§ 14 Anfechtung der Wahl (<i>Trapp</i>)	98

IV. Abschnitt: Amtszeit

§ 15 Amtszeit (<i>Wege</i>)	106
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitervertretung vor Ablauf der Amtszeit (<i>Wege</i>)	111

Inhaltsübersicht

§ 17	Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitervertretung (<i>Wege</i>)	122
§ 18	Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft (<i>Wege</i>)	132

V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung

§ 19	Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung (<i>Voßkühler</i>)	145
§ 20	Freistellung von der Arbeit (<i>Voßkühler</i>)	170
§ 21	Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz (<i>Voßkühler</i>)	177
§ 22	Schweigepflicht und Datenschutz (<i>Voßkühler</i>)	186

VI. Abschnitt: Geschäftsführung

§ 23	Vorsitz (<i>Joussen</i>)	196
§ 23a	Ausschüsse (<i>Joussen</i>)	201
§ 24	Sitzungen (<i>Joussen</i>)	211
§ 25	Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitervertretung (<i>Joussen</i>)	218
§ 26	Beschlussfassung (<i>Joussen</i>)	221
§ 27	Sitzungsniederschrift (<i>Joussen</i>)	231
§ 28	Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz (<i>Joussen</i>)	235
§ 29	Geschäftsordnung (<i>Joussen</i>)	241
§ 30	Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung (<i>Joussen</i>)	243

VII. Abschnitt: Mitarbeiterversammlung

§ 31	Mitarbeiterversammlung (<i>Horn</i>)	271
§ 32	Aufgaben (<i>Horn</i>)	280

VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitervertretung

§ 33	Grundsätze für die Zusammenarbeit (<i>Nause</i>)	284
§ 34	Informationsrechte der Mitarbeitervertretung (<i>Nause</i>)	298
§ 35	Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung (<i>Nause</i>)	321
§ 36	Dienstvereinbarungen (<i>Spelge</i>)	339
§ 36a	Einigungsstellen (<i>Horn</i>)	373
§ 37	Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitervertretung (<i>Mestwerdt</i>)	402
§ 38	Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	404
§ 39	Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten (<i>Voßkühler</i>)	435
§ 40	Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten (<i>Nause</i>)	444
§ 41	Eingeschränkte Mitbestimmung (<i>Mestwerdt</i>)	489

§ 42	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Trapp</i>)	507
§ 43	Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen (<i>Trapp</i>)	541
§ 44	Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten (<i>Trapp</i>)	561
§ 45	Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	563
§ 46	Fälle der Mitberatung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	574
§ 47	Initiativrecht der Mitarbeitervertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	598
§ 48	Beschwerderecht der Mitarbeitervertretung (<i>Evers-Vosgerau</i>)	609

IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitergruppen

§ 49	Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Neuendorf</i>)	615
§ 50	Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	622
§ 51	Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	626
§ 52	Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Neuendorf</i>)	636
§ 52a	Gesamtschwerbehindertenvertretung (<i>Neuendorf</i>)	638
§ 53	Mitwirkung in Werkstätten für behinderte Menschen und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen (<i>Neuendorf</i>)	640

X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen

§ 54	Bildung von Gesamtausschüssen (<i>Neuendorf</i>)	657
§ 55	Aufgaben des Gesamtausschusses (<i>Neuendorf</i>)	662
§ 55a	Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Neuendorf</i>)	666
§ 55b	Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz (<i>Neuendorf</i>)	668
§ 55c	Geschäftsführung (<i>Neuendorf</i>)	669
§ 55d	Weitere Regelungen (<i>Neuendorf</i>)	671

XI. Abschnitt: Kirchengerechtlicher Rechtsschutz

§ 56	Kirchengerechtlicher Rechtsschutz (<i>Zimmermann</i>)	673
§ 57	Bildung von Kirchengerichten (<i>Zimmermann</i>)	679
§ 57a	Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	682
§ 58	Bildung und Zusammensetzung der Kammern (<i>Zimmermann</i>)	685
§ 59	Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts (<i>Zimmermann</i>)	688

Inhaltsübersicht

§ 59a	Berufung der Richter und Richterinnen des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland (<i>Zimmermann</i>)	692
§ 60	Zuständigkeit der Kirchengerichte (<i>Zimmermann</i>)	693
§ 61	Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster Instanz (<i>Zimmermann</i>)	716
§ 62	Verfahrensordnung (<i>Zimmermann</i>)	730
§ 63	Rechtsmittel (<i>Mestwerdt</i>)	735
§ 63a	Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld (<i>Mestwerdt</i>)	748

XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 64	Übernahmebestimmungen (<i>Mestwerdt</i>)	751
------	--	-----

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Wahlordnung zum MVG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 15.1.2011
(ABl. EKD S. 2, 33, 304)

geändert durch VO vom 11.12.2021 (ABl. EKD 2022 S. 6)

Schematische Übersicht zum zeitlichen Ablauf des Wahlverfahrens (<i>Hochtritt</i>)			753
§ 1	Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		754
§ 2	Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		759
§ 3	Geschäftsführung des Wahlvorstandes (<i>Hochtritt</i>)		764
§ 4	Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren (<i>Hochtritt</i>)		768
§ 5	Wahltermin und Wahlausschreiben (<i>Hochtritt</i>)		771
§ 6	Wahlvorschläge (<i>Hochtritt</i>)		775
§ 7	Gesamtvorschlag und Stimmzettel (<i>Hochtritt</i>)		779
§ 8	Durchführung der Wahl (<i>Hochtritt</i>)		781
§ 9	Stimmabgabe durch Briefwahl (<i>Hochtritt</i>)		788
§ 10	Feststellung des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)		792
§ 11	Bekanntgabe des Wahlergebnisses (<i>Hochtritt</i>)		795
§ 12	Vereinfachte Wahl (<i>Hochtritt</i>)		797
§ 13	Wahlunterlagen (<i>Hochtritt</i>)		803
§ 14	Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden (<i>Hochtritt</i>)		804
§ 15	Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (<i>Hochtritt</i>)		806
§ 16	(Inkrafttreten, Außerkrafttreten) (<i>Hochtritt</i>)		808
Stichwortverzeichnis			809

Inhaltsverzeichnis

Die Autorinnen und Autoren des Kommentars	V
Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XLV
Literaturverzeichnis	LIII

Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (MVG-EKD)

Präambel	1
I. Entwicklung des MVG-EKD	1
II. Zur Präambel	3
1. Der Verkündigungsauftrag im Dienst der Kirche (Präambel S. 1)	4
2. Die Dienstgemeinschaft im kirchlichen Arbeitsrecht (Präambel S. 2, 3)	4
3. Der zu enge Begriff in Präambel S. 3	6
4. Rechtliche Konsequenzen	6
I. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	
§ 1 Grundsatz	9
I. Pflicht zur Bildung von Mitarbeitervertretungen	9
II. Geltungsbereich	10
1. Dienststellen	10
2. Rechtlich selbstständige Einrichtungen der Diakonie	11
3. Überregional tätige Einrichtungen der Diakonie	11
4. Andere kirchliche Einrichtungen; Freikirchen	11
5. Zuordnungsgesetz der EKD	13
§ 2 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	16
I. Mitarbeiterbegriff	16
1. Arbeitsverhältnis	17
a) Begriff des Arbeitsverhältnisses	17
b) Geringfügig, befristet oder unstetig Beschäftigte	18
c) Praktikanten, Werkstudenten, studentische Hilfskräfte	18
d) Im Ausland tätige Mitarbeiter	18
2. Zu ihrer Ausbildung Beschäftigte	19
3. Beamtenverhältnis	19
II. Pfarramtlicher Dienst; Lehre	19
III. Gestellungsverträge	20
IV. Beschäftigte ohne Mitarbeiterstatus	22

Inhaltsverzeichnis

1. Beschäftigung zur Heilung, Wiedereingewöhnung, zur beruflichen oder sozialen Rehabilitation oder zur Erziehung . . .	22
2. Honorarkräfte; freie Mitarbeiter	23
3. Arbeitnehmer anderer Unternehmen	24
4. Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr; Bundesfreiwilligendienst	24
5. Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	24
§ 3 Dienststellen	25
I. Begriff der Dienststelle	26
1. Rechtlich selbstständige organisatorische Einheit	26
2. Wahrnehmung eines Auftrags der Kirche	26
II. Selbstständige Dienststellenteile	27
1. Organisatorisch eigenständige Einheiten	28
2. Räumlich weit entfernte Teile	28
3. Zuständigkeit der Dienststellenleitung	29
III. Verfahren	29
1. Beschluss der Wahlberechtigten	29
2. Herstellung des Einvernehmens mit der Dienststellenleitung . . .	30
3. Wirkung des Verselbstständigungsbeschlusses	30
4. Widerruf der Verselbstständigung	31
a) Widerruf durch die Dienststellenleitung	31
b) Widerruf durch die Mitarbeiter	31
c) Wirkung des Widerrufs	32
IV. Bildung von Teildienststellen durch Dienstvereinbarung	32
V. Streitigkeiten	32
§ 4 Dienststellenleitungen	33
I. Begriff der Dienststellenleitung	33
1. Leitende Organe oder Personen	34
2. Mit der Geschäftsführung Beauftragte	34
II. Pflicht zur Benennung gegenüber MAV	35
III. Streitigkeiten	36

II. Abschnitt: Bildung und Zusammensetzung der Mitarbeitervertretung

§ 5 Mitarbeitervertretungen	37
I. Zweck	38
II. Bildung einer Mitarbeitervertretung	38
1. Dienststelle	38
2. Aktiv und passiv wahlberechtigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	39
3. Regelzahl der wahlberechtigten Beschäftigten	40
III. Bildung einer Gruppen-Mitarbeitervertretung	41
IV. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	41
1. Einvernehmliche Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	42
a) Voraussetzungen der Wahlgemeinschaft	42

aa) Benachbarte Dienststellen	42
bb) Antrag eines der Beteiligten	42
(1) Inhalt, Form und Zeitpunkt des Antrags	42
(2) Antragsberechtigung	43
dd) Schriftliche Festlegung	44
ee) Größe der Wahlgemeinschaft	44
b) Dauer der Wahlgemeinschaft	45
c) Zuständigkeit der Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	45
d) Kosten der Gemeinsamen Mitarbeitervertretung	45
2. Bildung einer Gemeinsamen Mitarbeitervertretung durch gliedkirchliches Recht	45
V. Streitigkeiten	46
§ 6 Gesamtmitarbeitervertretungen	46
I. Zweck	47
II. Bildung einer Gesamtmitarbeitervertretung	47
1. Dienststelle mit mehreren Mitarbeitervertretungen	47
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitervertretungen	48
III. Zuständigkeit der Gesamtmitarbeitervertretung	48
IV. Regelungen der Gesamtmitarbeitervertretung	49
V. Zusammensetzung und Amtszeit der Gesamtmitarbeitervertretung	50
VI. Streitigkeiten	51
§ 6a Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	51
I. Zweck	52
II. Bildung einer Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	52
1. Dienststellenverbund	52
2. Antrag der Mehrheit der Mitarbeitervertretungen	53
3. Amtszeit	53
III. Zuständigkeit der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	54
IV. Regelungen der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	54
V. Zusammensetzung der Gesamtmitarbeitervertretung im Dienststellenverbund	55
VI. Streitigkeiten	55
§ 7 Neubildung von Mitarbeitervertretungen	55
I. Zweck	56
II. Bildung einer Mitarbeitervertretung	57
1. Initiativpflicht zur Bildung einer Mitarbeitervertretung	57
a) Erstmalige Initiative	57
b) Wiederholte Initiative	58
2. Initiativrecht zur Bildung einer Mitarbeitervertretung	59
a) Inhalt des Initiativrechts	59
b) Form	59
c) Frist	59

Inhaltsverzeichnis

3. Einberufung und Durchführung der Mitarbeiterversammlung ..	60
a) Einladung zur Mitarbeiterversammlung	60
aa) Form der Einladung	61
b) Ablauf der Mitarbeiterversammlung	61
4. Verstöße gegen § 7 Abs. 1	62
a) Untätigkeit von Dienststellenleitung und Gesamtmitarbeitervertretung	62
b) Ladungsmängel	62
aa) Folgen für die Wahl des Wahlvorstandes	62
III. Übergangsmandat	64
1. Voraussetzungen des Übergangsmandats	64
a) Spaltung	64
b) Zusammenlegung	64
c) Erforderlichkeit der Neubildung einer Mitarbeitervertretung	65
2. Inhalt des Übergangsmandats	66
3. Dauer des Übergangsmandats	66
IV. Restmandat	67
1. Voraussetzungen des Restmandats	67
2. Inhalt des Restmandats	67
3. Dauer des Restmandats	67
V. Streitigkeiten	68
§ 8 Zusammensetzung	68
I. Zweck	69
II. Mitgliederzahl der Mitarbeitervertretung	69
III. Mangel an Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern	70
IV. Veränderungen in der Zahl der Wahlberechtigten	70
V. Gemeinsame Mitarbeitervertretung	71
VI. Streitigkeiten	71

III. Abschnitt: Wahl der Mitarbeitervertretung

§ 9 Wahlberechtigung	73
I. Allgemeines	73
II. Voraussetzungen der Wahlberechtigung (§ 9 Abs. 1)	74
1. Grundsätze	74
2. Leiharbeitnehmer	74
3. Gestellungsverträge allgemein	75
4. Gestellung als Diakonieschwester	75
III. Abordnung (§ 9 Abs. 2)	76
IV. Nicht wahlberechtigte Mitarbeiter/innen (§ 9 Abs. 3 S. 1)	77
1. Gekündigte Mitarbeiter/innen	77
2. Altersteilzeit	77
3. Beurlaubung	77
4. Beschäftigungsverbote	78
5. Erkrankung	78
6. Kurzarbeit	78

V. Mitglieder der Dienststellenleitung	78
VI. Streitigkeiten	78
§ 10 Wählbarkeit	79
I. Allgemeines	80
II. Voraussetzungen der Wählbarkeit	80
1. Wahlberechtigung	80
2. Wartefrist	80
3. Zugehörigkeit zur Dienststelle	80
a) Altersteilzeit und Abordnung	81
b) Gekündigtes Arbeitsverhältnis	81
4. Mitgliedschaft in einer ACK-Kirche	81
a) Rechtsentwicklung	81
b) ACK-Kirchen	82
c) Kirchen mit Gastmitgliedschaft in der ACK	82
d) Gemeinschaften ohne Berechtigung zum passiven Wahlrecht	83
e) Gliedkirchen mit ACK-Klausel	83
f) Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot	84
g) Vorlage an den EuGH	84
5. Neugründung einer Dienststelle	85
III. Einschränkungen der Wählbarkeit (§ 10 Abs. 2)	85
1. Gerichtliche Entscheidung	85
2. Beurlaubung	86
3. Berufsausbildung	86
4. Mitglied in Leitungsorgan	86
5. Verwandtschaft mit Leitungsorgan	86
IV. Streitigkeiten	87
§ 11 Wahlverfahren	87
I. Allgemeine Grundsätze der Wahl	88
1. Gleiche Wahl	88
2. Freie Wahl	88
3. Geheime Wahl	89
4. Unmittelbare Wahl	89
5. Gemeinsame Wahl	90
6. Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl)	90
II. Wahlvorschläge	90
III. Wahlverfahren	90
1. Vereinfachtes Wahlverfahren	90
2. Vereinfachtes Wahlverfahren im Bedarfsfall	91
IV. Rechtsverordnung	91
§ 12 Wahlvorschläge	91
I. Soll-Vorschrift	92
II. Berufsgruppen und Arbeitsbereiche	92
§ 13 Wahlschutz, Wahlkosten	92
I. Behinderung oder Beeinflussung der Wahl	93

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze	93
2. Aktives und passives Wahlrecht	94
II. Schutz des Wahlvorstandes und der Wahlbewerber	
vor Versetzung, Zuweisung oder Abordnung	94
III. Kündigungsschutz für Wahlvorstand und Wahlbewerber	95
1. Dauer	95
2. Zustimmung der amtierenden MAV	95
3. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	96
4. Bewerber zum Wahlvorstand und Wahlhelfer	96
IV. Kosten	96
V. Schulungsanspruch	97
1. Erforderlich	97
2. Dauer	98
§ 14 Anfechtung der Wahl	98
I. Verfahren der Wahlanfechtung	99
1. Form des Antrags	99
2. Anfechtungsfrist	99
3. Inhalt des Anfechtungsschriftsatzes	100
4. Anfechtungsberechtigte	101
5. Antragsgegner	102
II. Anfechtungsgründe	102
1. Verstoß gegen wesentliche Bestimmungen über die Wahlberechtigung, die Wählbarkeit oder das Wahlverfahren	102
2. Weitere Beispiele	103
III. Entscheidung über die Anfechtung	104
IV. Nichtigkeit der Wahl	104
V. Kosten	105
IV. Abschnitt: Amtszeit	
§ 15 Amtszeit	106
I. Überblick	106
II. (Regelmäßige) Amtszeit und regelmäßige Wahlen der Mitarbeitervertretung (§ 15 Abs. 1 und 2)	107
III. Wahlen außerhalb der allgemeinen Wahlzeit (§ 15 Abs. 3 und 4)	108
§ 16 Neu- und Nachwahl der Mitarbeitervertretung vor Ablauf der Amtszeit	111
I. Überblick	112
II. Neuwahl im Falle des Rücktritts und der Auflösung der MAV (§ 16 Abs. 1 und 2)	112
1. Rücktritt (§ 16 Abs. 1 lit. b)	113
2. Auflösung (§ 16 Abs. 1 lit. c)	114
3. Neuwahl (§ 16 Abs. 2)	114
4. Fortführung der Amtsgeschäfte (§ 16 Abs. 2)	115
a) Gesamtmitarbeitervertretung	115
b) Wahlvorstand	116

c) Keine Zuständigkeit der MAV am Sitz des Rechtsträgers . . .	117
d) Schematische Darstellung	117
e) Vergleich mit dem Betriebsverfassungsrecht, der MAVO und dem BPersVG	118
III. Nachwahl, wenn die Zahl der Mitglieder der MAV erheblich gesunken ist (§ 16 Abs. 3)	119
1. Geringe Mitgliederzahl der MAV (§ 16 Abs. 3 S. 1)	119
2. Nachwahl (§ 16 Abs. 3 S. 2)	120
3. Ausnahme (§ 16 Abs. 3 S. 3)	121
§ 17 Ausschluss eines Mitgliedes oder Auflösung der Mitarbeitervertretung	122
I. Überblick	123
II. Antrag	123
1. Antragsberechtigung	123
a) Mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten	124
b) Mitarbeitervertretung	124
c) Dienststellenleitung	124
2. Form des Antrags	125
3. Antragsfrist	125
4. Verbindung mit anderen Anträgen	125
III. Ausschluss eines Mitglieds der MAV	126
1. Mitglied der MAV	126
2. Grober Missbrauch von Befugnissen	126
3. Grobe Verletzung von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	127
4. Einzelfälle	128
5. Rechtsfolgen	130
IV. Auflösung der MAV	131
1. Missbrauch von Befugnissen und grobe Verletzungen von Pflichten, die sich aus diesem Kirchengesetz ergeben	131
2. Einzelfälle	131
3. Rechtsfolge	132
§ 18 Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft, Ersatzmitgliedschaft . . .	132
I. Überblick	134
II. Erlöschen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 1)	134
1. Ablauf der Amtszeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. a)	134
2. Niederlegung des Amtes (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. b)	134
3. Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. c)	136
4. Ausscheiden aus der Dienststelle (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. d und S. 2)	136
5. Verlust der Wählbarkeit (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. e)	137
6. Ausschluss aus der MAV und Auflösung der MAV nach § 17 (§ 18 Abs. 1 S. 1 lit. f)	139
III. Ruhen der Mitgliedschaft in der MAV (§ 18 Abs. 2)	140

Inhaltsverzeichnis

1. Untersagung der Wahrnehmung der dienstlichen Aufgaben (§ 18 Abs. 2 lit. a)	140
2. Verhinderung für länger als drei Monate (§ 18 Abs. 2 lit. b) ...	140
3. Beurlaubung für länger als drei Monate oder Freistellung (§ 18 Abs. 2 lit. c)	141
IV. Rechtsfolgen bei Erlöschen und Ruhen der Mitgliedschaft (§ 18 Abs. 3 und 5)	142
1. Nachrücken von Ersatzmitgliedern (§ 18 Abs. 3)	142
2. Pflicht zur Aushändigung von Unterlagen (§ 18 Abs. 5)	143
V. Nachrücken von Ersatzmitgliedern zur Sicherstellung der Beschlussfähigkeit der MAV (§ 18 Abs. 4)	143
 V. Abschnitt: Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	
§ 19 Ehrenamt, Behinderungs- und Begünstigungsverbot, Arbeitsbefreiung	145
I. Rechtsstellung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	146
1. Ehrenamt	146
2. Verbot der Behinderung	147
3. Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot	148
4. Sicherung der beruflichen Entwicklung	150
II. Mitarbeitervertretungstätigkeiten während der persönlichen Arbeitszeit	152
1. Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitsbefreiung nach § 19 Abs. 2	152
a) Erforderliche Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbeitervertretung	153
aa) Ab- und Anmeldepflicht	153
bb) Wahrnehmung von Aufgaben der Mitarbeitervertretung	153
b) Wahrnehmung der Tätigkeiten durch freigestellte Mitglieder der Mitarbeitervertretung nicht möglich	155
2. Rechtsfolgen	156
a) Arbeitsbefreiung	156
b) Fortzahlung der Vergütung	157
III. Mitarbeitervertretungstätigkeiten außerhalb der persönlichen Arbeitszeit	158
1. Dienstliche Gründe	158
2. Freizeitausgleich unter Fortzahlung der Vergütung	160
IV. Schulung der Mitglieder der Mitarbeitervertretung	160
1. Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3 S. 1	161
a) Vermittlung erforderlicher Kenntnisse für die Tätigkeit in der Mitarbeitervertretung	162
b) Beispiele für erforderliche Tagungen und Lehrgänge iSd § 19 Abs. 3	163
c) Träger der Schulung	164
2. Auswahl der Teilnehmer, Abschluss einer Dienstvereinbarung ..	165

3. Freistellungsanspruch	166
a) Verfahren zur Freistellung wegen Schulungsteilnahme	166
b) Umfang der Arbeitsbefreiung des jeweiligen Mitarbeitervertretungsmitglieds	168
4. Anspruch des Mitarbeitervertretungsmitglieds auf Fortzahlung der Vergütung	169
5. Anspruch der Mitarbeitervertretung auf Übernahme der Schulungskosten	170
§ 20 Freistellung von der Arbeit	170
I. Freistellung aufgrund einer Dienstvereinbarung	171
II. Regelfreistellungen nach § 20 Abs. 2	172
1. Anspruch auf Regelfreistellungen	172
2. Grundsatz der hälftigen Freistellung	172
a) Ermittlung der Zahl der Freizustellenden nach der Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	173
b) Umsetzung des Freistellungsanspruchs nach § 20 Abs. 2	174
III. Auswahl der freizustellenden Mitarbeitervertretungsmitglieder	175
IV. Rechtsfolgen der Freistellung	176
§ 21 Abordnungs- und Versetzungsverbot, Kündigungsschutz	177
I. Schutzzweck der Norm und erfasster Personenkreis	178
II. Abordnungs- und Versetzungsverbot	179
1. Abordnung und Versetzung: Begriffe	179
2. Zustimmung des betroffenen Mitarbeitervertretungs- mitglieds	179
3. Abordnung oder Versetzung ohne Zustimmung des Mitglieds	180
a) Vorliegen wichtiger dienstlicher Gründe	180
b) Beteiligung der Mitarbeitervertretung	180
III. Sonderkündigungsschutz	181
1. Kündigungsschutz für Mitarbeitervertretungsmitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 1 und 2	181
2. Nachwirkender Kündigungsschutz für Mitarbeitervertretungs- mitglieder nach § 21 Abs. 2 S. 3	182
3. Kündigung eines Mitarbeitervertretungsmitglieds bei (teilweiser) Auflösung der Dienststelle	183
a) Auflösung der Dienststelle oder eines wesentlichen Teils	183
b) Kündigung eines Mitarbeitervertretungsmitglieds	184
4. Beteiligung der Mitarbeitervertretung bei beabsichtigter Kündigung	185
§ 22 Schweigepflicht und Datenschutz	186
I. Mitarbeitervertretungsrechtliche Schweigepflicht	187
1. Zur Verschwiegenheit verpflichteter Personenkreis	188
2. Gegenstand und Umfang der Schweigepflicht	189
a) Angelegenheiten und Tatsachen, auf die sich Schweigepflicht bezieht	189
b) Ausnahmen bei fehlender Geheimhaltungsbedürftigkeit	189

Inhaltsverzeichnis

c) Ausnahmen im mitarbeitervertretungsrechtlichen Verkehr . . .	190
d) Ausnahmen gegenüber der betroffenen Mitarbeiterin bzw. dem betroffenen Mitarbeiter	190
e) Aussagen vor Gericht	191
3. Rechtsfolgen bei Schweigepflichtsverletzungen	191
II. Mitarbeitervertretung und Datenschutz	192
1. Die Mitarbeitervertretung als datenschutzrechtlich verantwortliche Stelle	192
2. Datenschutzrechtliche Pflichten der Mitarbeitervertretung	194

VI. Abschnitt: Geschäftsführung

§ 23 Vorsitz	196
I. Grundlegendes	196
II. Die Wahl des/der Vorsitzenden (§ 23 Abs. 1 S. 1)	197
III. Die Rechtsstellung des/der Vorsitzenden (§ 23 Abs. 1 S. 2)	199
1. Geschäftsführung	199
2. Vertretung	199
IV. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Mehrpersonenmitarbeiter- vertretungen (§ 23 Abs. 1 S. 3 und 4)	200
V. Die Stellvertretung im Vorsitz bei Einpersonenmitarbeiter- vertretungen (§ 23 Abs. 2)	201
§ 23a Ausschüsse	201
I. Grundlegendes	202
II. Ausschüsse (§ 23a Abs. 1)	203
1. Bildung von Ausschüssen (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 1)	203
2. Mögliche Aufgaben	204
3. Insbesondere: Übertragung von Aufgaben zur selbstständigen Erledigung (§ 23a Abs. 1 S. 1 Var. 2, S. 2)	205
4. Information der Dienststellenleitung (§ 23a Abs. 1 S. 3)	207
III. Ausschuss für Wirtschaftsfragen (§ 23a Abs. 2)	207
1. Zielsetzung	207
2. Bildung (§ 23a Abs. 2 S. 1)	208
3. Aufgaben und Funktionsweise (§ 23a Abs. 2 S. 2–6)	209
4. Sachverständige (§ 23a Abs. 2 S. 7–8)	211
§ 24 Sitzungen	211
I. Grundlegendes	212
II. Konstituierende Sitzung (§ 24 Abs. 1)	212
III. (Ladung zu den) Weitere(n) Sitzungen (§ 24 Abs. 2)	213
IV. Antrag der Einberufung weiterer Sitzungen (§ 24 Abs. 3)	215
V. Sitzungszeitpunkt, Öffentlichkeit (§ 24 Abs. 4)	216
§ 25 Teilnahme an der Sitzung der Mitarbeitervertretung	218
I. Grundlegendes	218
II. Teilnahmerecht der Dienststellenleitung (§ 25 Abs. 1)	218
III. Teilnahmerecht eingeladener sachkundiger Personen (§ 25 Abs. 2)	220

IV. Schweigepflicht (§ 25 Abs. 3 iVm § 22)	220
§ 26 Beschlussfassung	221
I. Grundlegendes	222
II. Beschlussfähigkeit (§ 26 Abs. 1)	222
III. Grundregel zur Mehrheitsfeststellung (§ 26 Abs. 2 S. 1 und 2)	224
IV. Umlaufverfahren (§ 26 Abs. 2 S. 3 und 4)	225
V. Die Möglichkeit digitaler Sitzungen (§ 26 Abs. 2 S. 5–10)	226
VI. Befangenheit (§ 26 Abs. 3)	229
VII. Nichtöffentlichkeit der Beschlussfassung (§ 26 Abs. 4)	231
§ 27 Sitzungsniederschrift	231
I. Grundlegendes	231
II. Funktion, Inhalt und Form der Sitzungsniederschrift (§ 27 Abs. 1)	232
III. Information des Dienstgebers in bestimmten Fällen (§ 27 Abs. 2)	234
§ 28 Sprechstunden, Aufsuchen am Arbeitsplatz	235
I. Grundlegendes	235
II. Sprechstunden (§ 28 Abs. 1)	236
III. Aufsuchen am Arbeitsplatz (§ 28 Abs. 2)	238
IV. Keine Bezügeminderung (§ 28 Abs. 3)	240
§ 29 Geschäftsordnung	241
I. Grundlegendes	241
II. Inhalt, Form	241
III. Erlass und Wirkung	242
§ 30 Sachbedarf, Kosten der Geschäftsführung	243
I. Grundlegendes	244
II. Allgemeines zur Kostentragungspflicht	244
III. Anspruch auf Sachmittel (§ 30 Abs. 1)	245
1. Zur Erfüllung der Aufgaben	245
2. Zur Verfügung stellen	246
3. Räume	246
4. Sachliche Mittel	248
IV. Kostenerstattungsanspruch der Mitarbeitervertretung (§ 30 Abs. 2)	258
1. Aufwendungen und Modalitäten der Kostentragung	259
2. Schulungen	261
3. Prozesskosten	263
4. § 30 Abs. 2 S. 2 für sachkundige Personen, insbesondere Anwälte	264
V. Kostentragung bei Gemeinsamen Mitarbeitervertretungen (§ 30 Abs. 3)	267
VI. Kostenerstattung bei Reisekosten (§ 30 Abs. 4)	268
VII. Umlageverbot (§ 30 Abs. 5)	270

Inhaltsverzeichnis

VII. Abschnitt: Mitarbeiterversammlung

§ 31 Mitarbeiterversammlung	271
I. Allgemeines/Bedeutung der Mitarbeiterversammlung	272
1. Zweck	272
2. Inhalte	273
3. Abgrenzung zu anderen Zusammenkünften	273
II. Arten der Mitarbeiterversammlung	273
1. Ordentliche Versammlung	273
2. Außerordentliche Versammlung	274
3. Teilversammlungen	274
III. Zusammensetzung der Mitarbeiterversammlung	275
1. Teilnahmeberechtigte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	275
2. Teilnahme der Dienststellenleitung	275
3. Grundsatz der Nichtöffentlichkeit	276
a) Teilnahmeberechtigung	276
b) Geheimhaltung der Inhalte	276
aa) Grundsatz	276
bb) Ausnahme	277
c) Aufnahme durch Ton-/Bildträger	277
IV. Einberufung der Mitarbeiterversammlung	277
1. Zuständigkeit/Inhalt/Form der Einladung	277
2. Zeit/Ort	278
V. Leitung der Mitarbeiterversammlung	278
VI. Inhalt der Mitarbeiterversammlung	278
1. Tätigkeitsbericht	278
2. Information der Dienststellenleitung	279
VII. Beschlüsse der Mitarbeiterversammlung	279
VIII. Sachkundige Personen	279
IX. Mitarbeiterversammlung und Arbeitszeit	280
X. Kosten der Mitarbeiterversammlung	280
§ 32 Aufgaben	280
I. Allgemeines/Bedeutung	281
1. Entgegennahme des Tätigkeitsberichts	281
2. Erörterung der Angelegenheiten der Mitarbeitervertretung	282
3. Antragstellung gegenüber der Mitarbeitervertretung	282
a) Beschlussfassung	282
b) Bindungswirkung	282
4. Stellungnahme gegenüber Beschlüssen der Mitarbeitervertretung	282
II. Wahl des Wahlvorstandes	283
 VIII. Abschnitt: Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeitervertretung	
§ 33 Grundsätze für die Zusammenarbeit	284
I. Zweck der Regelung	285
II. Die Regelungen im Einzelnen	286
1. Zielrichtung	286

a) Vertrauensvolle Zusammenarbeit	286
b) Gleichwertigkeit beider Seiten	286
c) Informationspflicht	287
d) Gemeinsamer Schutzauftrag	287
e) Fazit	291
2. Besprechungen	291
a) Häufigkeit	291
b) Gleichstellung und Gemeinschaft	293
3. Umgang mit Auseinandersetzungen	294
§ 34 Informationsrechte der Mitarbeitervertretung	298
I. Zweck der Vorschrift	299
II. Die Regelungen im Einzelnen	300
1. Unterrichtungspflicht	300
a) Adressat der Pflicht	300
b) Zur Durchführung der Aufgaben	301
c) Rechtzeitig	302
d) Umfassend	303
e) Vorbereitung von Entscheidungen	304
2. Beteiligung an Ausschüssen und Kommissionen	305
3. Personalplanung	306
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten	308
a) Grundsätze	308
b) Wirtschaftliche Lage	310
c) Geplante Investitionen	311
d) Rationalisierung	311
e) Einschränkung oder Stilllegung	311
f) Wesentliche Änderungen der Organisation oder des Zwecks der Dienststelle	312
g) Übernahme der Dienststelle oder Einrichtung durch Dritte, wenn hiermit der Erwerb der Kontrolle verbunden ist	313
h) Aufstellung oder Änderung des Stellenplanentwurfs	313
5. Zurverfügungstellung von Unterlagen	314
a) Allgemeines	314
b) Unterlagen von Bewerberinnen und Bewerbern	316
c) Dienstvereinbarung über Bewerbungen	317
d) Sonstige personelle Maßnahmen	318
e) Information über externe Beschäftigte	318
6. Einsichtsrecht in Personalakten und Beurteilungen	319
§ 35 Allgemeine Aufgaben der Mitarbeitervertretung	321
I. Allgemeines	322
II. § 35 Abs. 1	323
1. Verpflichtung der Mitarbeitervertretung	323
2. Förderung der Belange der Beschäftigten	323
3. Pflichten gegenüber Dienststelle und Kirche	324
III. § 35 Abs. 2	325
IV. § 35 Abs. 3	327

Inhaltsverzeichnis

1. Betonung von Aufgaben	327
2. Anregen von Maßnahmen	328
a) Alternative Voraussetzungen	328
b) Anregungen	328
c) Formfreiheit	328
d) Beschluss der Mitarbeitervertretung	328
e) Befassung der Dienststellenleitung	329
3. Einhalten von Bestimmungen	329
4. Umgang mit Eingaben von Beschäftigten	331
5. Förderung Schutzbedürftiger	332
6. Gleichstellung und Gemeinschaft	334
7. Förderung der Integration	335
8. Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz	336
9. Aufgaben aus staatlichem Recht	337
V. Anhörungsrecht von Beschwerdeführenden	337
VI. Personalgespräche	338
§ 36 Dienstvereinbarungen	339
I. Einleitung	341
II. Dienstvereinbarungen	341
1. Rechtscharakter	341
2. Wirkung der Dienstvereinbarung im Arbeitsverhältnis	343
a) Einwirkung kirchlicher Arbeitsrechtsregelungen auf das Arbeitsverhältnis	343
b) Einwirkung von Dienstvereinbarungen auf das kirchliche Arbeitsverhältnis und praktische Bedeutung dieser Frage	343
c) Keine normative Außenwirkung von Dienstvereinbarungen im weltlichen Rechtskreis	344
d) Arbeitsvertrag als „Brücke“ für die Geltung von Dienstvereinbarungen im kirchlichen Arbeitsverhältnis	346
aa) Ausdrückliche Bezugnahme auf Dienstvereinbarungen	346
bb) Konkludente Inbezugnahme von Dienstvereinbarungen durch Kettenverweisung	347
cc) Reichweite der Kettenverweisung	348
3. Zustandekommen der Dienstvereinbarung	349
a) Angebot und Annahme	349
b) Zuständigkeiten	350
c) Schriftformerfordernis	351
aa) Zweck und Reichweite	351
bb) Bezugnahmen	352
cc) Unterschriftserfordernis	353
dd) Elektronische Form und Textform	353
d) Bekanntgabe	354
4. Geltungsbereich	355
a) Räumlich	355
b) Persönlich	355
c) Zeitlich	356

aa) Tatsächliche Grenze: Unmöglichkeit	357
bb) Rechtliche Grenze: Vertrauensschutz bei rückwirkenden Dienstvereinbarungen	357
cc) Unzulässige Rückwirkung	358
dd) Zulässige Rückwirkung	359
III. Zulässiger Regelungsinhalt von Dienstvereinbarungen	359
1. Dienstvereinbarungs-Autonomie	359
2. Regelungssperren des § 36 Abs. 1 S. 2 und S. 3	360
a) Zweck und Wirkung	360
b) Reichweite	361
aa) Tatsächliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	362
bb) Übliche Regelung in „überbetrieblichen Regelungen“	362
c) Öffnungsklauseln	363
d) Sonderfall: § 8 MVG-AG	364
IV. Beendigung der Dienstvereinbarung	365
1. Vertragliche Beendigung	365
2. Kündigung der Dienstvereinbarung	366
3. Untergang der Einrichtung und Betriebsübergang auf einen weltlichen oder kirchlichen Erwerber	368
V. Nachwirkung	370
VI. Regelungsabrede	370
1. Begriff und Zulässigkeit	370
2. Rechtswirkung	370
3. Abschluss und denkbare Regelungsgegenstände	371
4. Beendigung und fehlende Nachwirkung	372
VII. Prozessuales	372
1. Streitigkeiten vor den kirchlichen Gerichten für Arbeitssachen	372
2. Individualrechtliche Streitigkeiten	373
§ 36a Einigungsstellen	373
I. Allgemeines	375
II. Einigungsstellenarten	375
III. Bildung der Einigungsstelle	376
1. Bildung aufgrund Vereinbarung	377
2. Bildung auf Antrag	377
a) Einsetzung der Einigungsstelle	378
b) Antragsbefugnis	378
c) Antragsinhalte	378
d) Rechtsschutzinteresse	379
e) Entscheidung des Kirchengerichts	379
aa) Verfahrensablauf	379
bb) Prüfungsumfang	379
cc) Rechtsmittel	380
3. Zusammensetzung der Einigungsstelle	381
a) Mitglieder der Einigungsstelle	381
b) Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle	381

Inhaltsverzeichnis

aa) Vorsitzender	381
bb) Beisitzer	382
cc) Bevollmächtigte	382
4. Einigungsstellenverfahren	383
a) Verfahrensgrundsätze	383
aa) Unverzüglichkeit	383
bb) Rechtliches Gehör	383
cc) Mündlichkeit	384
dd) Nichtöffentlichkeit	384
ee) Unmittelbarkeit	385
ff) Amtsermittlung/Untersuchungsgrundsatz	386
gg) Säumnis im Verfahren	386
b) Ablauf des Einigungsstellenverfahrens	386
aa) Unverzüglichkeit der Tagung	387
bb) Beginn des Verfahrens	387
cc) Vorbereitende Handlungen	388
dd) Einigungsstellensitzungen	389
(1) Beginn der Sitzung	391
(2) Sitzungsprotokoll	391
(3) Zuständigkeit der Einigungsstelle	392
(4) Informations-/Verhandlungsphase	393
(5) Zwischenbeschlüsse	394
(6) Fortgang der Sitzung	395
(7) Befangenheit	396
c) Beendigung der Einigungsstelle	396
aa) Beendigung ohne Sachentscheidung	396
bb) Einigung	397
cc) Spruch der Einigungsstelle	397
dd) Prüfungsmaßstab	398
5. Wirkung des Einigungsstellenspruchs	399
6. Gerichtliche Überprüfung des Einigungsstellenspruchs	399
a) Zwischenspruch	399
b) Beendigungsspruch	399
aa) Zuständigkeit	400
bb) Antragsberechtigung	400
cc) Antragsinhalt	400
dd) Umfang der Rechtskontrolle	400
7. Kosten der Einigungsstelle	401
§ 37 Verfahren der Beteiligung der Mitarbeitervertretung	402
I. Umfang der Beteiligung	402
1. Grundstruktur	402
2. Abgestufte Beteiligung	402
3. Wirtschaftliche Angelegenheiten	403
II. Reichweite der Beteiligung	403
1. Allgemeines	403
2. Freiwillige Dienstvereinbarungen	404

§ 38 Mitbestimmung	404
I. Struktur	406
II. Kollektive Maßnahme	409
III. Unterrichtungspflicht	409
IV. Fristberechnung	413
V. Fristverkürzung	415
VI. Fristverlängerung	416
VII. Abschluss des Mitbestimmungsverfahrens	417
1. Reaktionsmöglichkeiten der MAV	417
2. Beschlussfassung der MAV	417
3. Zustimmungsverweigerung der MAV	418
4. Erörterung	420
VIII. Anrufung des Kirchengerichts	422
1. Fristen	422
2. Anträge	423
IX. Anrufung der Einigungsstelle	424
1. Struktur	424
2. Das Verfahren der Anrufung der Einigungsstelle	425
X. Vorläufige Regelungen	427
1. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach § 40	427
2. Vorläufige Regelungen bei Maßnahmen nach §§ 42, 43	428
XI. Rechtsfolgen der Verletzung des Mitbestimmungsverfahrens	429
1. Kündigung	430
2. Einstellung	430
3. Organisatorische und soziale Angelegenheiten	431
XII. Rechtsschutzmöglichkeiten	431
1. Anspruch auf Unterlassung und Rückgängigmachung	431
a) Anspruchsvoraussetzungen	431
b) Unterlassungsanträge	432
2. Beschwerde nach § 48	434
3. Initiativrecht nach § 47	434
§ 39 Fälle der Mitbestimmung bei allgemeinen personellen Angelegenheiten	435
I. Allgemeine personelle Angelegenheiten	435
1. Begriff	435
2. Volle Mitbestimmung	436
II. Mitbestimmungstatbestände	437
1. Personalfragebögen	437
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	437
b) Rechtliche Grenzen für das Fragerecht des Arbeitgebers	438
c) Umfang des Mitbestimmungsrechts	440
2. Beurteilungsgrundsätze	441
3. Aus-, Fort- und Weiterbildung	441
a) Aufstellung von Grundsätzen für Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	442
b) Aufstellung von Grundsätzen für die Teilnehmerauswahl ...	443

Inhaltsverzeichnis

c) Mitbestimmung bei der Teilnehmerauswahl von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	443
4. Einführung und Grundsätze der Durchführung von Mitarbeiter-Jahresgesprächen	443
§ 40 Fälle der Mitbestimmung in organisatorischen und sozialen Angelegenheiten	444
I. Allgemeines	447
1. Zweck des Mitbestimmungsrechts	447
2. Form der Mitbestimmung	448
3. Ausschluss von Mitbestimmungsrechten durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	448
4. Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte durch Arbeitsvertragsrichtlinien oder Tarifverträge	448
5. Erweiterung durch AVR und TV	449
6. Persönlicher Geltungsbereich	450
7. Kollektiver Bezug	450
8. Eil- und Notfälle	450
9. Unverzichtbarkeit der Mitbestimmungsrechte	451
10. Annexkompetenz und Koppelungsgeschäfte	451
11. Mitbestimmungsrechte im Arbeitskampf	452
II. Die einzelnen Mitbestimmungsrechte des § 40	453
1. Bestellung und Abberufung von Vertrauens- und Betriebsärzten und -ärztinnen sowie Fachkräften für Arbeitssicherheit	453
a) Betroffene Funktionen	453
b) Art des Dienstes	454
c) Bestellung	455
d) Abberufung	455
e) Einstellung	455
f) Initiativrecht	455
g) Mitbestimmung bei Abberufung und Beendigung	455
2. Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gesundheitlichen Gefahren	456
a) Regelungsbereich	456
b) Umfang des Mitbestimmungsrechts	456
c) Initiativrecht	457
d) Verhütung von Arbeitsunfällen	457
e) Gesundheitliche Gefahren	457
f) BEM	458
g) Zeiterfassungssystem	459
h) Betreuungskonzept	459
3. Sozialeinrichtungen	459
a) Einrichtung	460
b) Bezug zum Beschäftigungsverhältnis	460
c) Gegenstände der Mitbestimmung	461
aa) Errichtung	461
bb) Verwaltung	462

cc) Auflösung	462
4. Arbeitszeit	462
a) Reichweite des Mitbestimmungsrechts	463
aa) Beginn und Ende der Arbeitszeit	463
bb) Umkleidezeiten	464
cc) Besondere Arbeitszeitgestaltung/Corona Tests und Impfungen	465
dd) Änderung der Arbeitszeiten	465
ee) Kollektiver Bezug	465
ff) Überstunden und Kurzarbeit	465
gg) Verteilung auf die Wochentage	466
hh) Pausen	466
ii) Dienstpläne	467
jj) Festlegung der Grundsätze für Dienstpläne	467
kk) Schichtstärke	468
ll) Gefährdungsbeurteilung	468
b) Wahrnehmung der Mitbestimmungsrechte	468
aa) Dienstvereinbarung	468
bb) Regelungsabrede	469
cc) Zustimmung im Einzelfall	469
dd) Einigungsstelle Arbeitszeiten	469
5. Urlaub	469
6. Sozialplan	470
a) Anlass für Sozialplan	471
b) Informationsrecht der MAV	472
c) Pläne für Umschulungen	472
d) Wirtschaftliche Nachteile	472
e) Ausstattung des Sozialplans	472
f) Rechtsnatur des Sozialplans	473
7. Grundsätze der Arbeitsplatzgestaltung	474
a) Arbeitsplatz	474
b) Gestaltung	474
c) Grundsätze	475
d) Regelungsmöglichkeiten	475
8. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden	475
a) Arbeitsmethode	476
b) Neu	476
c) Gegenstand	476
d) Verhältnis zu § 40 lit. j	477
9. Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und zur Erleichterung des Arbeitsablaufs	477
a) Hebung der Arbeitsleistung	477
b) Erleichterung der Arbeitsablaufs	479
c) Verhältnis zu § 40 lit. h	479
d) Umfang des Mitbestimmungsrechts	479
10. Verhaltens- und Leistungskontrolle	479
a) Einführung und Anwendung	480

Inhaltsverzeichnis

b) Technische Einrichtungen	481
c) Nicht-technische Maßnahmen	482
d) Individuelle Auswirkungen	483
e) Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben	483
11. Regelung der Ordnung in der Dienststelle (Haus- und Betriebsordnungen) und des Verhaltens der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Dienst	484
a) Gegenstand	484
b) Private Lebensführung	485
c) Einzelfälle	485
12. Planung und Durchführung von Veranstaltungen für die Mitarbeiterschaft	485
13. Grundsätze für die Gewährung von Unterstützungen oder sonstigen Zuwendungen, auf die kein Rechtsanspruch besteht	486
14. Mietwohnungen und Pachtland	487
a) Gegenstand	487
b) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	488
aa) Verschaffung	488
bb) Kündigung	488
cc) Nutzungsbedingungen	488
15. Betriebliches Vorschlagswesen	489
§ 41 Eingeschränkte Mitbestimmung	489
I. Struktur	491
II. Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 41 Abs. 1	492
1. Verletzung von Rechtsnormen	492
a) Verstoß gegen Rechtsvorschriften (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 1)	492
aa) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Einstellungen	493
bb) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen der Eingruppierung	496
cc) Verstoß gegen Rechtsvorschriften im Rahmen von Versetzungen	497
b) Verstoß gegen eine Vertragsbestimmung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 2)	497
c) Verstoß gegen eine Dienstvereinbarung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 3)	498
d) Verstoß gegen eine Verwaltungsanordnung (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 4)	498
e) Verstoß gegen andere bindende Bestimmungen (§ 41 Abs. 1 lit. a Alt. 5)	498
2. Besorgnis der Benachteiligung (§ 41 Abs. 1 lit. b)	498
a) Benachteiligung betroffener Mitarbeiter/innen	499
b) Benachteiligung anderer Mitarbeiter/innen	499
3. Störung des Friedens in der Dienststelle (§ 41 Abs. 1 lit. c)	500

III. Zustimmungsverweigerung bei Kündigung außerhalb der Probezeit (§ 41 Abs. 2)	501
1. Grundsätze	501
2. Verletzung einer Rechtsvorschrift	502
3. Verstoß gegen eine arbeitsrechtliche Regelung, eine andere bindende Bestimmung oder eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung	504
IV. Verfahren	505
1. Zustimmungsersetzungsverfahren	505
2. Verfahrensmöglichkeiten der MAV bei Untätigkeit der Dienststellenleitung in Eingruppierungsstreitigkeiten	506
§ 42 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der privatrechtlich angestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	507
I. Anwendungsbereich	508
II. Arbeitnehmereigenschaft	509
III. Beteiligung der Mitarbeitervertretung	510
1. Verfahren der Mitbestimmung	510
2. Umfang der Mitbestimmung	510
IV. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	511
1. Einstellung	511
2. Ordentliche Kündigung nach Ablauf der Probezeit	516
a) Gegenstand des Mitbestimmungsrechts	517
b) Umfang der Mitbestimmung	519
aa) Sonderkündigungsschutz	519
bb) Kündigungsschutz nach dem KSchG	520
(1) Personenbedingte Gründe	520
(2) Verhaltensbedingte Gründe	522
(3) Betriebsbedingte Gründe	524
c) Anhörung der Mitarbeitervertretung	525
3. Eingruppierung	527
4. Übertragung einer höher oder niedriger bewerteten Tätigkeit von mehr als drei Monaten Dauer	532
5. Dauernde Übertragung einer Tätigkeit, die einen Anspruch auf Zahlung einer Zulage auslöst, sowie Widerruf einer solchen Übertragung	534
6. Umsetzung innerhalb einer Dienststelle unter gleichzeitigem Ortswechsel	534
7. Versetzung oder Abordnung zu einer anderen Dienststelle von mehr als drei Monaten Dauer, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitervertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungsrechts nach § 46 lit. d mitbestimmt	535
8. Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus	537
9. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	538

Inhaltsverzeichnis

10. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	539
11. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung	540
§ 43 Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung in Personalangelegenheiten der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen	541
I. Anwendungsbereich	543
II. Einzelfälle der eingeschränkten Mitbestimmung	545
1. Einstellung	545
2. Umwandlung des Kirchenbeamtenverhältnisses in ein solches anderer Art	546
3. Ablehnung eines Antrages auf Ermäßigung der Arbeitszeit oder Beurlaubung in besonderen Fällen	547
4. Verlängerung der Probezeit	548
5. Beförderung	549
6. Übertragung eines anderen Amtes, das mit einer Zulage ausgestattet ist	550
7. Übertragung eines anderen Amtes mit höherem Endgrundgehalt ohne Änderung der Amtsbezeichnung oder Übertragung eines anderen Amtes mit gleichem Endgrundgehalt mit Änderung der Amtsbezeichnung	550
8. Zulassung zum Aufstiegsverfahren, Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe	550
9. Dauernde Übertragung eines höher oder niedriger bewerteten Dienstpostens	551
10. Umsetzung innerhalb der Dienststelle bei gleichzeitigem Ortswechsel	552
11. Versetzung, Zuweisung oder Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer zu einer anderen Dienststelle oder zu einem anderen Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes, wobei in diesen Fällen die Mitarbeitervertretung der aufnehmenden Dienststelle unbeschadet des Mitberatungsrechts nach § 46 lit. d mitbestimmt	553
12. Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze	555
13. Anordnungen, welche die Freiheit in der Wahl der Wohnung beschränken	555
14. Untersagung einer Nebentätigkeit sowie Versagung und Widerruf der Genehmigung einer Nebentätigkeit	556
15. Entlassung aus dem Kirchenbeamtenverhältnis auf Probe oder auf Widerruf, wenn die Entlassung nicht beantragt wurde	557
16. Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	559

17. Versetzung in den Wartestand oder einstweiligen Ruhestand gegen den Willen des Kirchenbeamten oder der Kirchenbeamtin	560
§ 44 Ausnahmen von der Beteiligung in Personalangelegenheiten	561
I. Ausgenommener Personenkreis	561
II. Umfang der Einschränkung der Beteiligungsrechte	563
§ 45 Mitberatung	563
I. Wesen der Mitberatung	564
II. Der Ablauf des Mitberatungsverfahrens	565
III. Einleitung des Mitberatungsverfahrens	566
IV. Umfang der Unterrichtung	566
V. Fristen	567
1. Frist für die Reaktion der Mitarbeitervertretung	567
2. Beginn der Zwei-Wochen-Frist	567
3. Sonderfall außerordentliche Kündigung	567
VI. Verlängerung der Frist auf Antrag	569
VII. Wirkung des Fristablaufs	569
VIII. Antrag auf Erörterung, Abs. 1 S. 2	570
IX. Erörterung	570
X. Folge bei Nichteinigung	571
1. Beendigungserklärung	571
2. Begründungszwang	572
XI. Nichtbeteiligung der Mitarbeitervertretung	572
1. Rechtsfolge	572
2. Rechtsschutz	573
3. Entscheidung des Kirchengerichts	574
§ 46 Fälle der Mitberatung	574
I. Änderung durch 12. Synode	575
II. Mitberatungsrechte	576
1. Auflösung, Einschränkung, Verlegung und Zusammenlegung von Dienststellen oder erheblichen Teilen von ihnen	576
a) Auflösung der Dienststelle	576
b) Einschränkung der Dienststelle	577
c) Verlegung der Dienststelle	579
d) Zusammenlegung von Dienststellen	580
e) Wesentlicher Teil der Dienststelle	580
2. Außerordentliche Kündigung	580
a) Wichtiger Grund	581
b) Erklärungsfrist des § 626 Abs. 2 BGB	583
c) Unabdingbarkeit und Umdeutung	584
d) Unkündbare Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	584
e) Unterrichtung der Mitarbeitervertretung	586
3. Ordentliche Kündigung innerhalb der Probezeit	588
4. Versetzung und Abordnung von mehr als drei Monaten Dauer, wobei das Mitberatungsrecht hier für die Mitarbeitervertretung der abgebenden Dienststelle besteht	590

Inhaltsverzeichnis

5. Aufstellung von Grundsätzen für die Bemessung des Personalbedarfs	591
6. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen auf Verlangen der in Anspruch genommenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	592
a) Grundsätze des innerbetrieblichen Haftungsausgleichs	592
b) Verlangen des betroffenen Mitarbeiters	594
7. Dauerhafte Vergabe von Arbeitsbereichen an Dritte, die bisher von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Dienststelle wahrgenommen werden	595
III. Abweichende gliedkirchliche Regelungen	598
§ 47 Initiativrecht der Mitarbeitervertretung	598
I. Einleitung	599
II. Grundsätze	599
III. Art der Angelegenheiten	601
1. Allgemeine personelle Angelegenheiten	601
2. Soziale und organisatorische Angelegenheiten	601
3. Privatrechtliche Angelegenheiten	602
4. Öffentlich-rechtliche Dienstnehmer	603
IV. Antrag der Mitarbeitervertretung	603
V. Ablehnung der Initiative	604
VI. Anspruch auf Erörterung bei Mitbestimmungsrechten	604
VII. Erneuter Initiativantrag	605
VIII. Anrufung des Kirchengengerichts	606
1. Regelungsstreitigkeiten	606
2. Fristen	606
3. Inhalt des Antrags	606
IX. Entscheidung des Kirchengengerichts	607
X. Ausschluss des kirchengengerichtlichen Rechtsschutzes bei Einigungsstellen	608
§ 48 Beschwerderecht der Mitarbeitervertretung	609
I. Einleitung	610
II. Anlass für die Beschwerde	611
III. Vorverfahren bei der Dienststelle	611
IV. Form der Beschwerde	612
V. Adressat der Beschwerde	612
VI. Verfahren beim Leitungs- und Aufsichtsorgan	613
VII. Kirchengengerichtlicher Rechtsschutz	614
IX. Abschnitt: Interessenvertretung besonderer Mitarbeitergruppen	
§ 49 Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden	615
I. Zweck	616
II. Aufgaben und Arbeitsweise der JAV	616
III. Wahl der JAV	618
1. Grundsätzliches und Wahlberechtigung	618
2. Wählbarkeit	619

3. Verfahren	619
IV. JAV-Größe und Amtszeit	620
V. Übernahme in ein Arbeitsverhältnis	620
VI. Rechtsstellung der JAV-Mitglieder	621
VII. Gemeinsame JAV	622
§ 50 Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	622
I. Grundsätzliches	622
II. Die Schwerbehindertenvertretung	623
III. Wahl der Vertrauensperson der Schwerbehinderten	623
1. Voraussetzungen	623
2. Wahlberechtigung	624
3. Wählbarkeit	625
4. Verfahren	625
5. Amtszeit	626
§ 51 Aufgaben der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	626
I. Vorbemerkung	627
II. Die Aufgaben der Vertrauensperson der Schwerbehinderten (SBV)	628
1. Überwachung	628
2. Initiativrecht	629
3. Beschwerden/Unterstützung schwerbehinderter Menschen	629
III. Beteiligung der SBV	629
1. Informations- und Anhörungsrechte	630
2. Rechtsfolgen einer unterbliebenen Unterrichtung/Anhörung	631
3. Sonderfall Kündigung eines schwerbehinderten Beschäftigten (§ 51 Abs. 3)	632
4. Teilnahme am Bewerbungsverfahren	633
5. Einsicht in die Personalakten (§ 51 Abs. 4)	633
6. Recht an MAV-Sitzungen und anderen Ausschüssen teilzunehmen (§ 51 Abs. 5)	634
7. Aussetzung von Beschlüssen der MAV (§ 51 Abs. 5)	634
IV. Tätigwerden eines Stellvertreters (§ 51 Abs. 2)	635
V. Versammlungen der Schwerbehinderten (§ 51 Abs. 6)	636
§ 52 Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	636
I. Rechtsstellung der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Stellvertreter	637
II. Räume und Geschäftsbedarf	638
§ 52a Gesamtschwerbehindertenvertretung	638
I. Vorbemerkung	638
II. Zustandekommen	639
III. Zuständigkeit einschließlich Ersatzfunktion	639

Inhaltsverzeichnis

§ 53 Mitwirkung in Werkstätten für behinderte Menschen und in Angelegenheiten weiterer Personengruppen	640
I. Mitwirkung behinderter Menschen in Werkstätten	640
II. Mitwirkung für weitere Gruppen von Beschäftigten	640
III. Diakonie-Werkstättenmitwirkungsverordnung (DWMV)	641
X. Abschnitt: Gesamtausschüsse der Mitarbeitervertretungen	
§ 54 Bildung von Gesamtausschüssen	657
I. Begriff und Historie	657
II. Zweck	658
III. Regelungen in den Gliedkirchen	658
IV. Übrige Bestimmungen des MVG-EKD gelten sinngemäß	660
V. Streitigkeiten	662
§ 55 Aufgaben des Gesamtausschusses	662
I. Zweck	662
II. Aufgaben	663
1. Beratung der MAVen	663
2. Förderung von Informationsaustausch und Fortbildungen	663
3. Arbeits-, dienst- und mitarbeitervertretungsrechtliche Fragen grundsätzlicher Bedeutung	664
4. Stellungnahmen	665
5. Mitwirkung bei Bildung der Kirchengerichte	665
6. Mitwirkung an Arbeitsrechtlichen Kommissionen	665
§ 55a Ständige Konferenz, Bundeskonferenz, Gesamtausschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland	666
I. Begriff und Historie	666
II. Mitglieder	667
1. StäKo	667
2. BuKo	667
III. Gesamtausschuss der EKD	667
§ 55b Aufgaben der Ständigen Konferenz und der Bundeskonferenz	668
I. Vorbemerkung	668
II. Stellungnahmen zu kirchengesetzlichen Regelungen	668
III. Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches und der Fortbildungsarbeit	669
IV. Beratung und Unterstützung der entsendenden Gremien	669
§ 55c Geschäftsführung	669
I. Vorstand	670
II. Freistellung	670
III. Geschäftsstelle	670
IV. Kosten	671
§ 55d Weitere Regelungen	671
I. Geschäftsordnung	671
II. Dienstreisen	672
III. Geltung der Regelungen des MVG-EKD	672

XI. Abschnitt: Kirchengerechtlicher Rechtsschutz

§ 56 Kirchengerechtlicher Rechtsschutz	673
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	673
II. Abgrenzung der Zuständigkeiten der staatlichen und kirchlichen Gerichte	674
III. Gerichtsbarkeit der EKD	675
IV. Kirchengerechtlicher Rechtsschutz bei Streitigkeiten aus dem MVG-EKD	676
1. Kirchengerichte erster Instanz	676
2. Kirchengerichtshof der EKD als Beschwerdegericht	679
§ 57 Bildung von Kirchengerichten	679
I. Bildung von Kirchengerichten erster Instanz	680
II. Mehrkammerprinzip	680
III. Öffnungsklausel	681
§ 57a Zuständigkeitsbereich des Kirchengerichts der Evangelischen Kirche in Deutschland	682
I. Sachliche Zuständigkeit	682
II. Zuständigkeitsbereich – der Gerichtsbarkeit des Kirchengerichts der EKD unterliegende Institutionen	683
1. EKD und ihre Amts- und Dienststellen und Einrichtungen (§ 57a lit. a)	683
2. Das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung eV und seine Dienststellen und die ihm unmittelbar angeschlossenen rechtlich selbstständigen Einrichtungen (§ 57a lit. b)	683
3. Gliedkirchen der EKD und ihre gliedkirchlichen Zusammenschlüsse (§ 57a lit. c)	684
4. Kirchliche und freikirchliche Einrichtungen, Werke und Dienste im Bereich der EKD (§ 57a lit. d)	684
5. Mitgliedseinrichtungen der gliedkirchlichen DW, die das MVG-EKD aufgrund einer Befreiung von der Anwendung des gliedkirchlichen Mitarbeitervertretungsrechts oder aufgrund von § 1 Abs. 2a anwenden	685
§ 58 Bildung und Zusammensetzung der Kammern	685
I. Vorbemerkung	686
II. Besetzung der Kammern	686
III. Wählbarkeit in kirchliche Ämter	687
IV. Inkompatibilität von Richteramt und Organangehörigkeit (§ 59 Abs. 2)	687
V. Berufung des Vorsitzenden	687
§ 59 Rechtsstellung der Mitglieder des Kirchengerichts	688
I. Richterliche Unabhängigkeit und Gesetzesbindung	689
II. Richterliche Schweigepflicht	690
III. Inkompatibilität von Richteramt und Organstellung	690
IV. Amtszeit	690

Inhaltsverzeichnis

V. Entsprechende Geltung von § 19, § 21 und § 22 Abs. 1 S. 1–3 und 5 sowie Abs. 2	691
VI. Persönliche Haftung kirchlicher Richter	691
§ 59a Berufung der Richter und Richterinnen des Kirchengerichtshofes der Evangelischen Kirche in Deutschland	692
I. Vorbemerkung	692
II. Vorsitzende Richter und Richterinnen	692
III. Besitzende Richter und Richterinnen	693
§ 60 Zuständigkeit der Kirchengerichte	693
I. Generalklausel (§ 60 Abs. 1)	695
II. Einleitung des Verfahrens durch Antrag	696
1. Vorbemerkung	696
2. Beteiligte des Verfahrens	697
3. Antragsbefugnis	698
4. Antragsfristen	699
5. Anträge	699
a) Einvernehmensersetzung über die Geltung als Dienststelle	699
b) Dienstvereinbarungen	701
c) Fälle der Mitberatung (§ 46)	702
d) Fälle der eingeschränkten Mitbestimmung (§§ 42, 43)	702
e) Fälle der uneingeschränkten Mitbestimmung (§§ 39, 40)	706
f) Nichteinigung über Initiativen der Mitarbeitervertretung (§ 47 Abs. 2)	708
g) Einigungsstelleneinsetzung	709
h) Leistungsanträge	710
i) Feststellungsanträge	711
j) Gestaltungsanträge	712
6. Antragsrücknahme, Antragsänderung, Vergleich, Erledigungserklärung	712
a) Antragsrücknahme	712
b) Antragsänderung	713
c) Vergleich	713
d) Erledigungserklärung	714
7. Verbindlichkeit des kirchengerichtlichen Beschlusses	715
§ 61 Durchführung des kirchengerichtlichen Verfahrens in erster Instanz	716
I. Antragsfrist	717
II. Prozessvertretung	719
1. Hinzuziehung eines Beistands	719
2. ACK-Klausel	719
3. Kosten des Verfahrensbevollmächtigten der Mitarbeitervertretung	719
III. Einigungsgespräch	721
IV. Verfahrensgrundsätze	721
1. Anwendbarkeit der Vorschriften des ArbGG	721
2. Ermittlung der entscheidungserheblichen Tatsachen	721

V. Kammertermin	722
VI. Entscheidung der Kammer	724
VII. Antragszurückweisung durch den Vorsitzenden	726
VIII. Kosten des Verfahrens	727
IX. Einstweiliger Rechtsschutz	728
1. Vorbemerkung	728
2. Verfügungsanspruch	728
3. Verfügungsgrund	728
4. Glaubhaftmachung	729
5. Entscheidung durch die Kammer oder den Vorsitzenden	729
§ 62 Verfahrensordnung	730
I. Vorbemerkung	731
II. Kirchengesetz	731
III. Abweichende gliedkirchliche Bestimmungen	731
IV. Vorschriften des ArbGG über das Beschlussverfahren als ergänzende Verfahrensordnung	732
V. Ausschluss von Zwangsmaßnahmen	733
VI. Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte	734
§ 63 Rechtsmittel	735
I. Grundsätze	737
II. Verfahrensbeendende Beschlüsse	737
1. Fristen	738
2. Einlegung	739
3. Beschwerdebefugnis	740
III. Nicht verfahrensbeendende Beschlüsse	740
IV. Annahmegründe	741
1. Ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des erstinstanzlichen Beschlusses	742
2. Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung	742
3. Divergenz	743
4. Verfahrensmängel	743
V. Beschwerdebegründung	744
VI. Verfahren über die Annahme der Beschwerde (§ 63 Abs. 3 und 4)	746
VII. Einstweilige Verfügungen (§ 63 Abs. 5)	746
VIII. Endgültigkeit der Entscheidungen	747
IX. Anwendbarkeit des ArbGG	747
§ 63a Einhaltung auferlegter Verpflichtungen, Ordnungsgeld	748
I. Grundsätze	748
II. Ordnungsgeld	749
XII. Abschnitt: Schlussbestimmungen	
§ 64 Übernahmebestimmungen	751

Inhaltsverzeichnis

Wahlordnung zum Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Wahlordnung zum MVG)

Schematische Übersicht zum zeitlichen Ablauf des Wahlverfahrens	753
§ 1 Durchführung der Wahl, Zusammensetzung des Wahlvorstandes	754
I. „Normales“ und vereinfachtes Wahlverfahren	754
II. Wahlvorstand	755
III. Voraussetzungen für Mitglieder des Wahlvorstandes	756
IV. Ersatzmitglieder des Wahlvorstandes	758
V. Unterstützung des Wahlvorstandes	759
§ 2 Einleitung des Wahlverfahrens, Bildung und Abberufung des Wahlvorstandes	759
I. Einleitung des Wahlverfahrens	760
II. Zeitpunkt der Wahl des Wahlvorstandes	761
III. Wahl des Wahlvorstandes durch Zuruf und offene Abstimmung	761
IV. Geheime Abstimmung	762
V. Leitung der Mitarbeiterversammlung	762
VI. Ausschluss von Mitgliedern des Wahlvorstandes oder Auflösung des Wahlvorstandes	762
VII. Schutz der Mitglieder des Wahlvorstandes	763
VIII. Schulungsanspruch	764
IX. Kosten	764
§ 3 Geschäftsführung des Wahlvorstandes	764
I. Erste Sitzung des Wahlvorstandes	765
II. Beschlüsse des Wahlvorstandes	765
III. Verhinderung eines Wahlvorstandsmitglieds	765
IV. Stimmgleichheit	766
V. Niederschriften und Umlaufverfahren	766
VI. Handlungen des Wahlvorstandes	767
§ 4 Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	768
I. Listen der Wahlberechtigten und der Wählbaren	768
II. Bekanntgabe der Listen	769
III. Einsprüche	770
IV. Abgrenzung zum Wahlausschreiben	771
V. Verstöße	771
§ 5 Wahltermin und Wahlausschreiben	771
I. Festsetzung des Wahltermins	772
II. Bekanntgabe Wahlausschreiben	772
III. Art der Bekanntgabe des Wahlausschreibens	773
IV. Inhalt des Wahlausschreibens	773
V. Verstöße	775
§ 6 Wahlvorschläge	775
I. Einreichung von Wahlvorschlägen	775
II. Prüfung der Wahlvorschläge	776

III. Unverzügliche Prüfung und Mitteilung von Beanstandungen	777
IV. Einverständnis des Vorgeschlagenen	777
V. Dokumentation des Einverständnisses	778
VI. Angemessene Berücksichtigung von Männern und Frauen	778
VII. Rücknahme von Wahlvorschlägen	779
§ 7 Gesamtvorschlag und Stimmzettel	779
I. Gesamtvorschlag	780
II. Bekanntgabe des Gesamtvorschlages	780
III. Stimmzettel	780
§ 8 Durchführung der Wahl	781
I. Persönliche Stimmabgabe in Anwesenheit von Wahlvorstandsmitgliedern	782
II. Vermerken der Stimmabgabe	783
III. Leere Wahlurne vor Beginn	783
IV. Verschluss der Wahlurnen	784
V. Abgabe des Stimmzettels	785
VI. Mehrere Stimmbezirke	785
VII. „Wandern“ der Wahlurne	786
VIII. Stimmenanzahl	786
IX. Geheime Wahl	787
X. Hilfeleistung bei Stimmabgabe	787
XI. Dauer der Wahlhandlung	787
§ 9 Stimmabgabe durch Briefwahl	788
I. Briefwahl als Ausnahme	789
II. Bestimmung durch Wahlvorstand	789
III. Antrag des Wahlberechtigten	789
IV. Frist und Vertretung bei Antrag auf Briefwahl	790
V. Ablehnung des Antrages	790
VI. Rechtzeitiger Eingang der Briefwahl-Stimmen	791
VII. Aufbewahrung der Wahlbriefe	791
§ 10 Feststellung des Wahlergebnisses	792
I. Unverzügliche und öffentliche Auszählung der Stimmen	782
II. Reihenfolge der Vorgeschlagenen	793
III. Losentscheid bei gleicher Stimmenanzahl	793
IV. Ungültigkeit von Stimmzetteln	794
V. Gründe für ungültige Stimmzettel	794
§ 11 Bekanntgabe des Wahlergebnisses	795
I. Unverzügliche Bekanntgabe des Wahlergebnisses	795
II. Konkludente Annahme der Wahl	796
III. Ablehnung der Wahl	797
§ 12 Vereinfachte Wahl	797
I. Vereinfachtes Wahlverfahren für Dienststellen mit nicht mehr als 100 Wahlberechtigten	798
II. Größe der Dienststelle in der Regel	799
III. Abweichender Beschluss	799

Inhaltsverzeichnis

IV. Versammlungsleiter	799
V. Wahl des Versammlungsleiters	800
VI. Voraussetzungen an Versammlungsleiter	800
VII. Wahlvorschläge	801
VIII. Durchführung der Wahl	801
IX. Auszählung der Stimmen	802
X. Wahlergebnis	802
§ 13 Wahlunterlagen	803
I. Fünfjährige Aufbewahrung	803
II. Sämtliche Wahlunterlagen	803
§ 14 Wahl der Vertretung der Jugendlichen und der Auszubildenden ..	804
I. Leitung durch Wahlvorstand	804
II. Wahlordnung sinngemäß	805
III. Wahlvorschläge	805
IV. Stimmenanzahl	805
§ 15 Wahl der Vertrauensperson der schwerbehinderten Mitarbeiter	
 und Mitarbeiterinnen	806
I. Fünf Schwerbehinderte	
oder Schwerbehinderten Gleichgestellte	806
II. Wahlberechtigung	807
III. Wahlvorschläge	807
IV. Wählbarkeit	807
V. Konstitutive Briefwahl	808
VI. Übersendung der Wahllisten	808
VII. Kein vereinfachtes Wahlverfahren	808
VIII. Entsprechende Geltung der Vorschriften	
über die Wahl der Mitarbeitervertretung	808
§ 16 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)	808
Stichwortverzeichnis	809